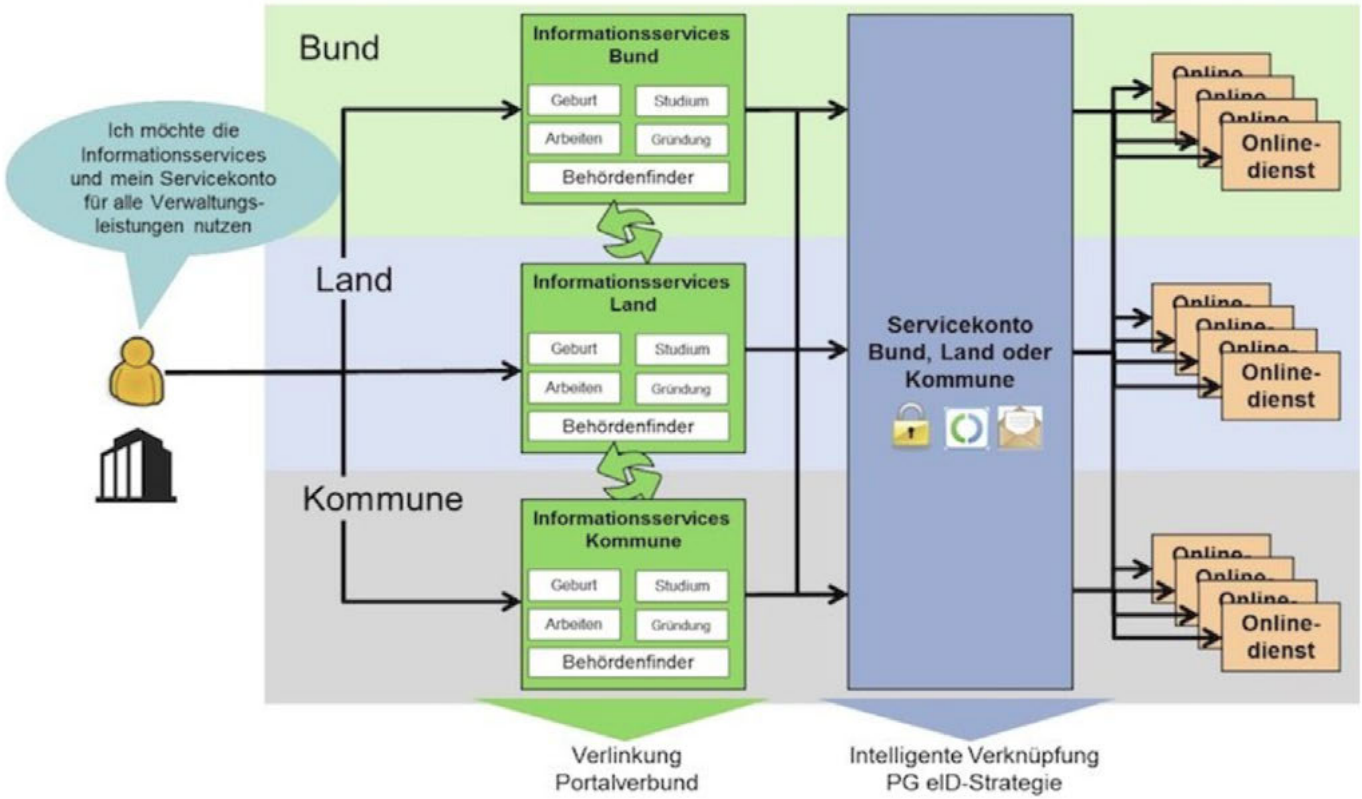


Mit OZG und Portalverbund zu mehr Vernetzung?
- Was müssen Kommunen jetzt tun? -

24. Europäischer Verwaltungskongress Bremen, 22. Februar 2019

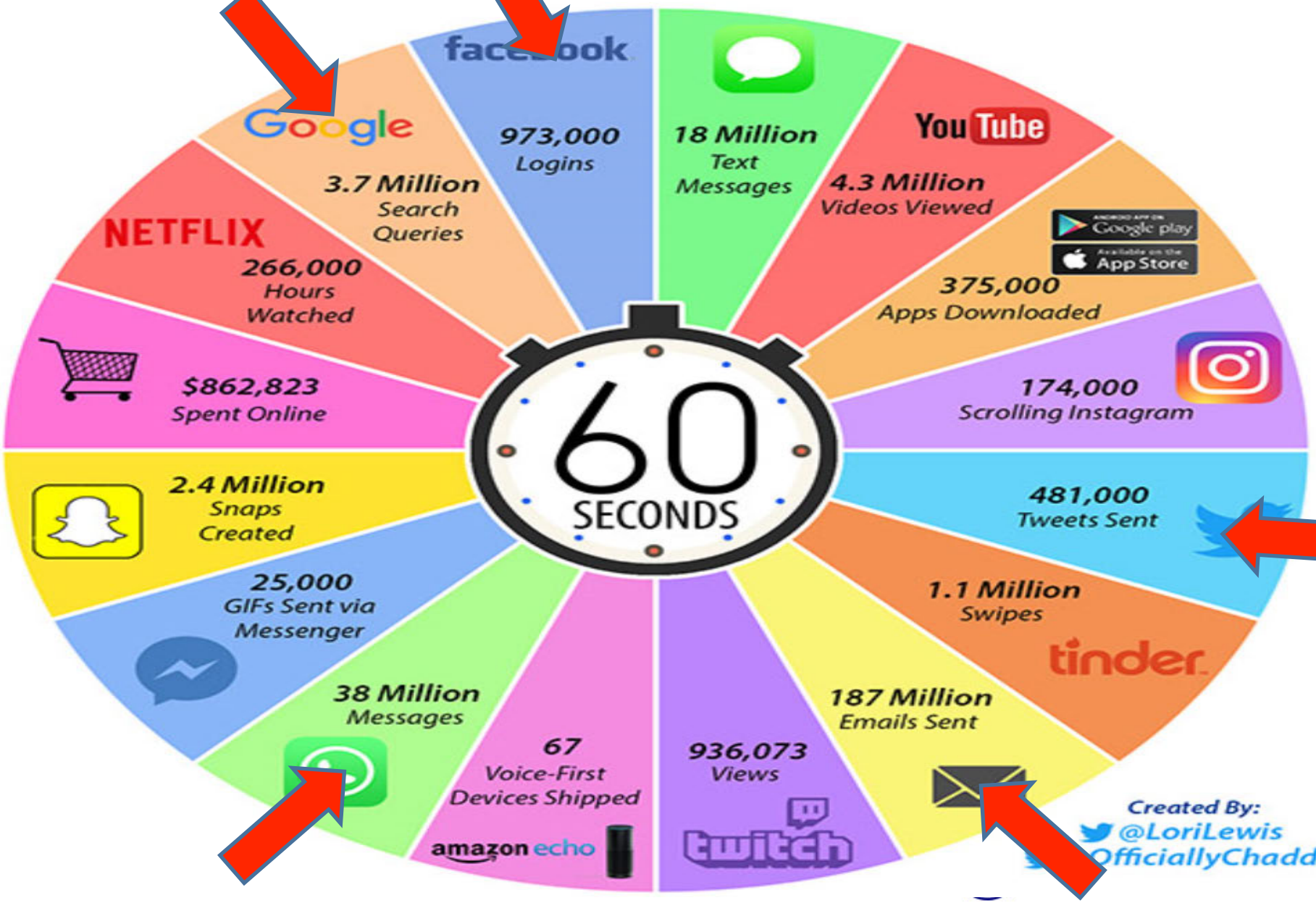
Bildquelle: https://www.mittelstandswiki.de/2018/02/onlinezugangsgesetz-berliner-fachtagung-durchleuchtet-den-portalverbund/

©IKS-Hagen GmbH

Digital geht nicht mehr weg!“*
Im Gegenteil, die Digitalisierung wird immer schneller.

* Aus: Friedrich (2014): Der Digitale Wandel Q4.2014, Magazin für Internet und Gesellschaft

2018 This Is What Happens In An Internet Minute

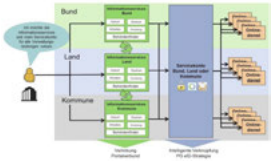


Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG)

§ 1 Portalverbund für digitale Verwaltungsleistungen

(1) Bund und Länder sind verpflichtet, bis spätestens zum Ablauf des fünften auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten.

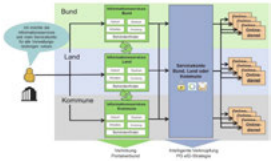
(2) Bund und Länder sind verpflichtet, ihre Verwaltungsportale miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen.



Institut für Kooperative Systeme

Ziele des Portalverbundes

- Nutzer sollen unabhängig vom Einstieg in ein Portal alle Verwaltungsleistungen im Portalverbund finden können.
- Jeder Online-Dienst soll von jedem Verwaltungsportal des Portalverbundes aufgerufen werden können.
- Die Ausführung des Online-Dienstes erfolgt im jeweiligen Verwaltungsportal auf Bund, Länder und Kommunen – Ebene.
- Jeder am Portalverbund angebundene Online-Dienst kann mit jedem im Portal-verbund angebotenen Nutzerkonto abgewickelt werden.
- Die Verantwortung für die Anbindung der Kommunen an den Portalverbund liegt bei den Ländern.

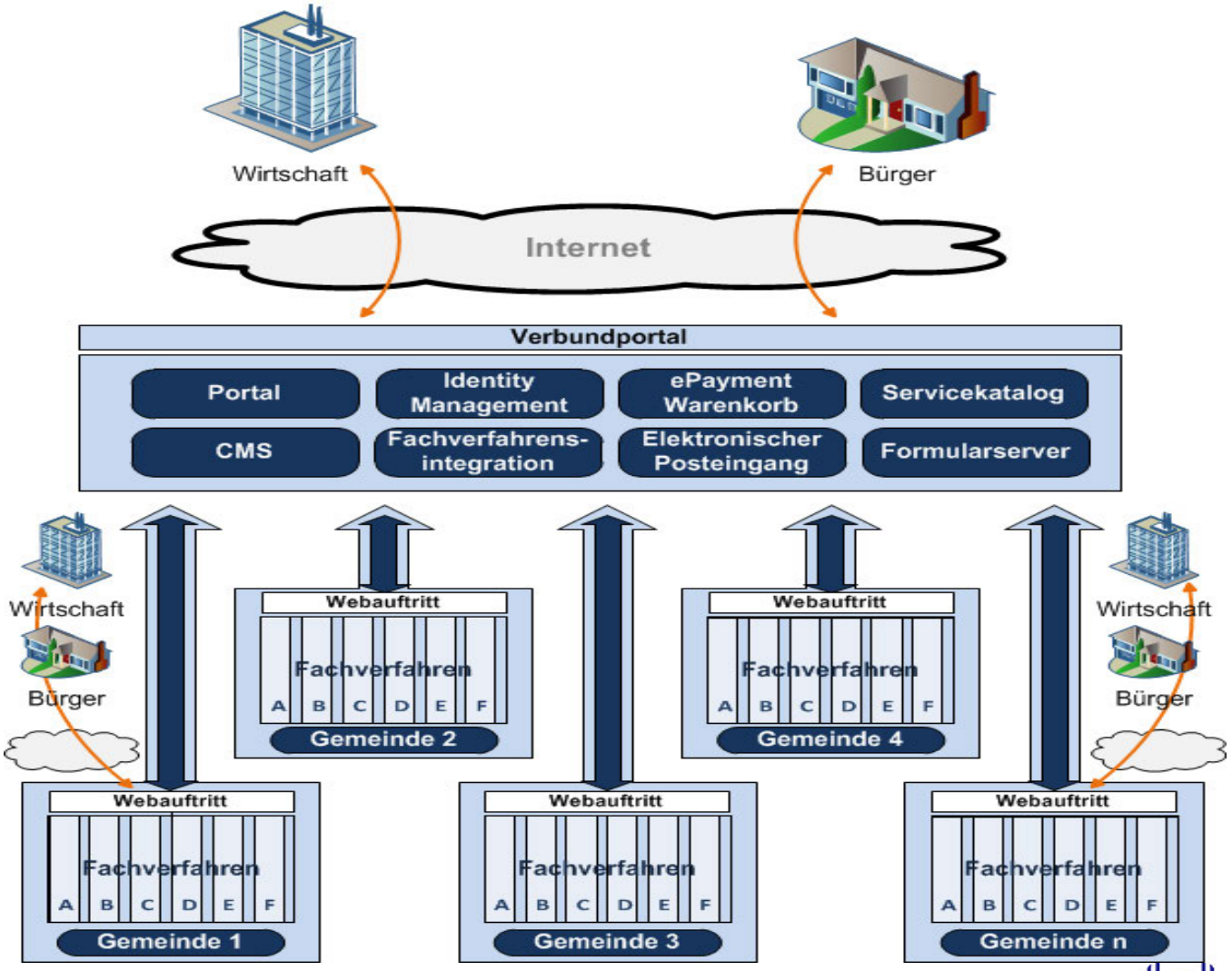


Institut für Kooperative Systeme

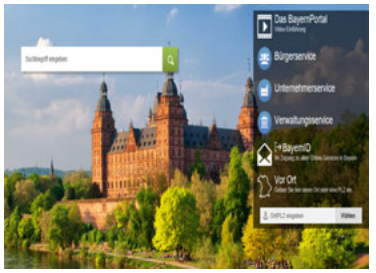
Funktionen der Verwaltungsportale

- Jedes am Verbund teilnehmende Verwaltungsportal muss folgende Funktionalitäten aufweisen:
  - Ein interoperables Nutzerkonto für natürliche Personen und Organisationen
  - Ein Postfach
  - Eine marktübliche elektronische Bezahlmöglichkeit
  - Eine Suchfunktion, die alle Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen im Portalverbund auffindbar macht
  - Verknüpfung mit dem Online-Gateway, um Informationen zu Leistungen/ Links zu Online-Diensten bereitstellen zu können
  - Künftige Ausbaustufen: Statusmonitor und Datensafe

Alternative: E-Government – Verbundportal



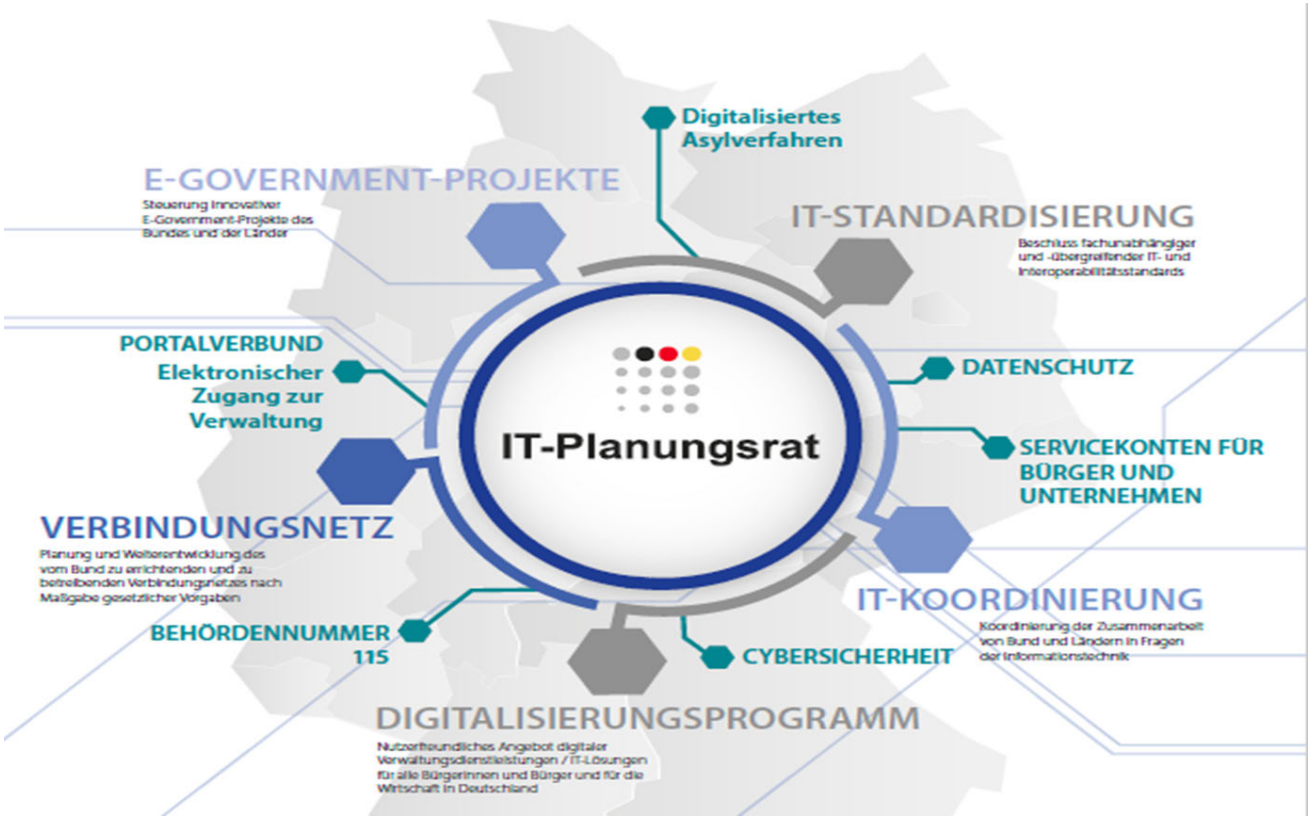
https://www.service-bw.de/



www.freitaat.bayern.de

https://www.rlpdirekt.de/rheinland-pfalz/

An-Institut der FernUniversität in Hagen



Das Digitalisierungsprogramm - Die Online-Prozesse für den Portalverbund

https://www.it-planungsrat.de/SharedDocs/Sitzungen/DE/2018/Sondersitzung_Portalverbund.html?pos=1
(Abfrage: 04.04.2018)

©IKS-Hagen GmbH

OZG - Umsetzungskatalog

Monatliche Fortschreibungen sind vorgesehen. Änderungsanforderungen an:

ozg@bund.bmi.de

577 Online – Leistungsbündel, davon bereits 29 online

https://katalog.ozg-umsetzung.de/iNG/app/intro

Konzept „Digitalisierung als Chance zur Politikgestaltung – Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Lebens- Geschäftslagen OZG Katalog

Umsetzungskatalog Bürger

- Arbeit
- Bauen & Wohnen
- Bildung
- Ein- & Auswanderung
- Engagement & Hobby
- Familie & Kind
- Gesundheit
- Mobilität & Reisen
- Recht & Ordnung

Umsetzungskatalog Unternehmen

- Bauen & Immobilien
- Logistik & Transport
- Recht & Ordnung
- Steuern & Zoll
- Umwelt
- Unternehmensführung & -entwicklung
- Forschung & Förderung

Umsetzungskatalog Querschnittsleistungen

- Querschnitt Bürger
- Querschnitt Unternehmen

https://katalog.ozg-umsetzung.de/iNG/app/dash?q=dash

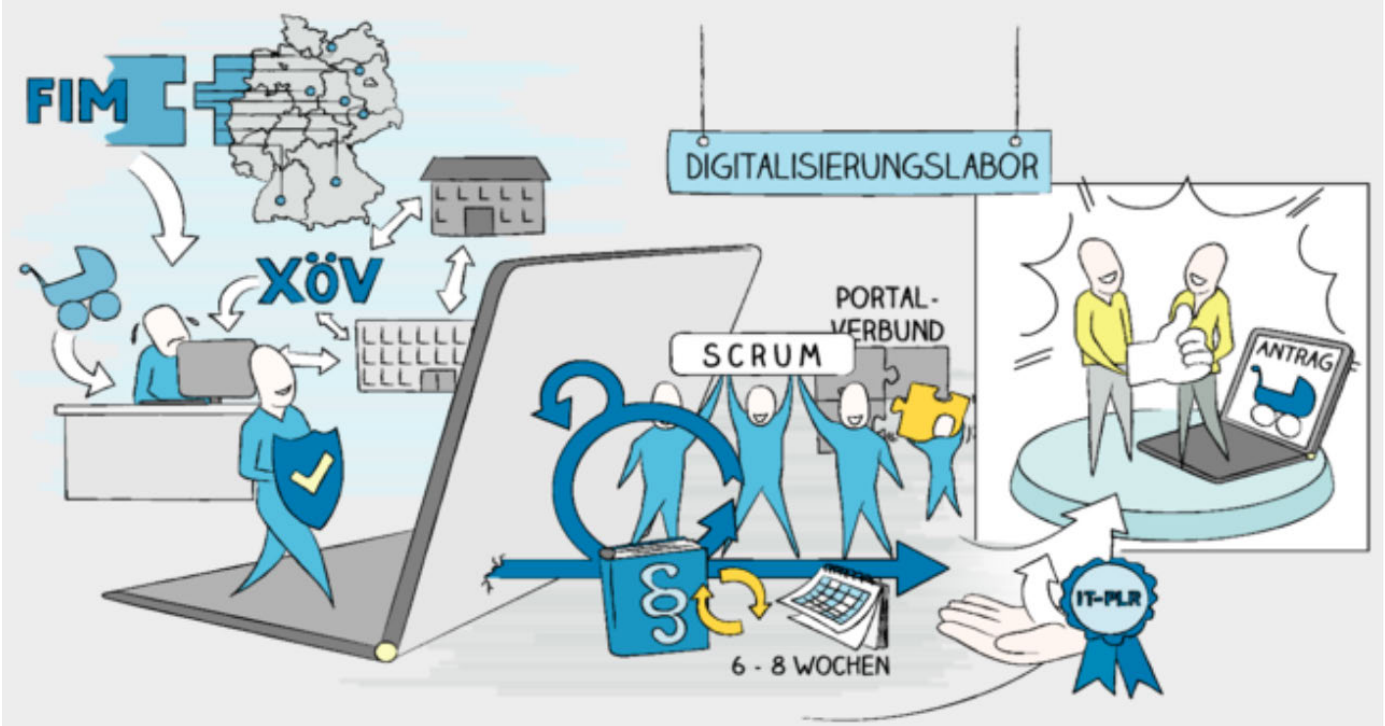
https://katalog.ozg-umsetzung.de

Ziele des Digitalisierungsprogramms des IT Planungsrates

- Entwicklung von Blaupausen auf der Eingangsseite von Proezssen, die spätere Digitalisierungsvorhaben unterstützen sollen.

- Abbau rechtlicher Hindernisse für eine effiziente Online-Abwicklung durch den jeweiligen Gesetzgeber.

- Bei der Modellierung der Eingangsseite liegt der Schwerpunkt auf den Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzer (Akzeptanz) und nicht auf den derzeitigen organisatorischen, technischen oder regulatorischen Restriktionen.



Schematisches Vorgehen in einem Digitalisierungslabor *Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat*

Prozessmodellierung in Digitalisierungslaboren

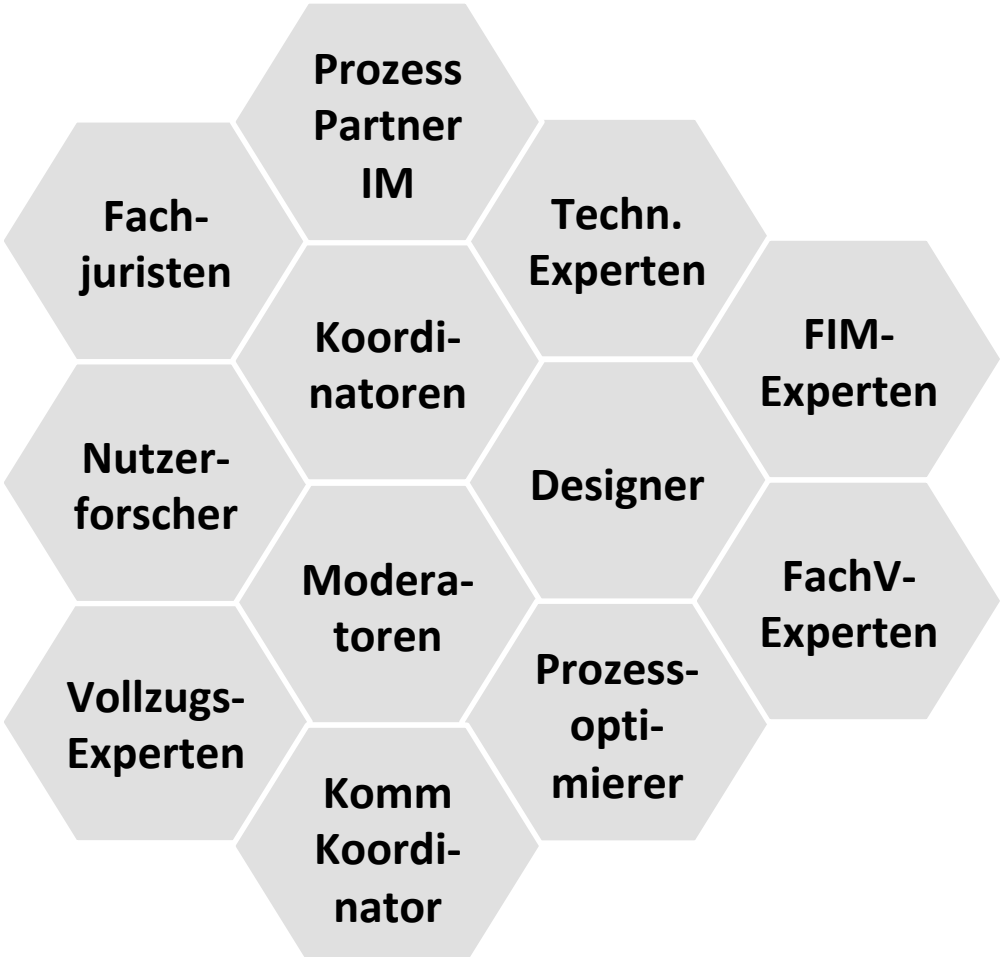
Bildquelle: https://www.it-planungsrat.de/DE/ITPlanungsrat/OZG-Umsetzung/Digitalisierungsprogramm/05_DigPro_DigLabore/DigPro_DigLabore_node.html

Serviceportal Baden-Württemberg

Institut für Kooperative Systeme

Standardisierung von Online-Prozessen in BW

- **Die Online-Prozesse werden kooperativ mit den Gemeinden in Digitalisierungslaboren mit den folgenden Rollen modelliert:**



- **Fachliche Standardisierung auf Kosten des Landes.**
- **Individuelle Sonderprozesse müssen die Gemeinden auf eigene Kosten entwickeln und pflegen.**
- **Die Weiterentwicklung der standardisierten Prozesse organisiert das Land mit den Gemeinden durch paritätische Finanzierung.**

An-Institut der FernUniversität in Hagen

Elterngeld heute:

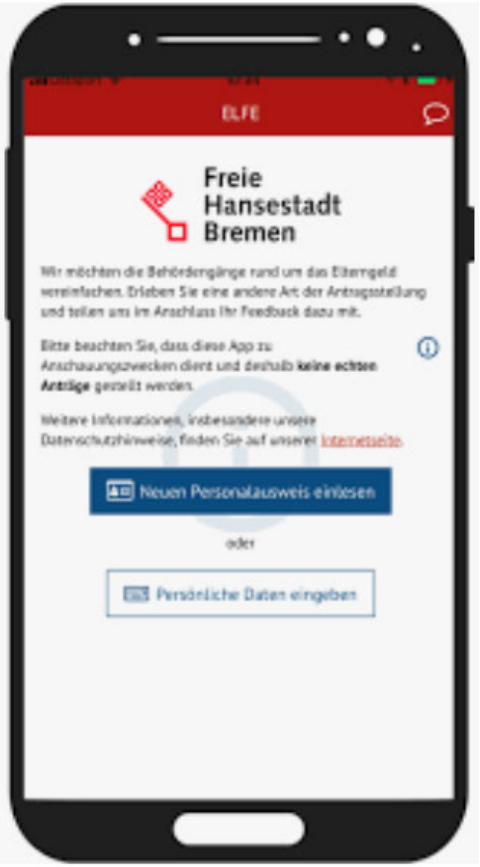
ElterngeldDigital

Elterngeldantrag

Den Antrag online ausfüllen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

ELFE – Einfach Leistungen für Eltern



An-Institut der FernUniversität in Hagen

Institut für Kooperative Systeme

Bundesrat, Drucksache 307/18, Beschluss 21.09.2018

Entschließungsantrag Bremen, einstimmig angenommen

- **Notwendige Maßnahmen:**
  - **Datenschutzrechtliche Regelungen im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), Personenstandsgesetz (PStG), Abgabenordnung (AO) und Bundesmeldegesetz (BMG)**
  - **Regelung, die bei nicht-selbständiger Arbeit die elektronische Lohnsteuerbescheinigung aus dem letzten Veranlagungszeitraum zulässt**
  - **Gewährung von Kindergeld anlässlich der Geburt eines Kindes automationsgestützt ohne Antrag**
  - **Rechtliche Verankerungen der Nutzung der SteuerID (§ 139b Abgabenordnung) zur verfahrensübergreifenden Identifikation für den begrenzten Zweck der Eltern- und Kindergeldverfahren**

„Elektronische Achterbahnen“ oder „Nutzerorientierte Online-Prozesse entwickelt in Digitalisierungslaboren“

i-kfz – 2. Stufe - Wiederzulassung eines zuvor außer Betrieb gesetzten Fahrzeugs auf denselben Halter im selben Zulassungsbezirk

- **Voraussetzungen:**
  - Kfz Zulassung nach dem 1.1.2015
  - Stempelplaketten/Zul.-Bescheinigung
  - Aktivierte eID
  - Perso-Lesegerät
  - VB Nr. Versicherung
  - Kreditkarte
  - HU / SP-Expresscode
  - Reserviertes Kennzeichen
  - Tage später: Plaketten per Briefversand

An-Institut der FernUniversität in Hagen

Institut für Kooperative Systeme

KGSt®

Kommunales E-Government
Teil 1: Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Kommunen

Umsetzung des OZG in Kommunen

An-Institut der FernUniversität in Hagen

Der kommunale Blick auf das OZG

- Das Onlinezugangsgesetz (OZG) hat bundesweit eine große Dynamik für E-Government ausgelöst von dem auch die Kommunen profitieren können.

- Es bietet die Chance, durch Organisationsarbeit mit GPO die kommunalen Prozesse neu aufzustellen und dabei die Blaupausen aus dem Digitalisierungsprogramm zu nutzen.

- Deshalb: Erst Organisieren, dann digitalisieren!

- Insgesamt verzeichnet der OZG Umsetzungskatalog 577 Leistungsbündel. Daraus ergeben sich in der kommunalen Praxis nach Recherche der KGSt ca. 500 kommunale Prozesse bzw. Prozessvarianten, die von den Gemeinden insbesondere in Bezug auf die internen Abläufe betrachtet werden müssen.

Der kommunale Blick auf das OZG

- Aber nicht auf die Ergebnisse der Digitalisierungslabore warten, sondern mit den E-Government Kernprozessen, freiwilligen Leistungen und internen Prozessen beginnen.

- Dazu die Liste der kommunalen E-Government Kernprozesse nutzen, die auf dem KGSt-Prozesskatalog basiert und die Prozesse benennt, die besonders geschäfts- und kundenrelevant sind und gleichzeitig über ein hohes E-Government-Potenzial verfügen. (Sh. KGSt-Portal)

- Zugang zu einem E-Government Portal als technische Komponente schaffen. Dazu prioritär E-Government Landesportale bzw. interkommunale Angebote nutzen.

- Marketing: Bürger und Unternehmen begeistern - Tu Gutes und rede darüber!

(© Haus E, Chemnitz; [2013])

Institut für Kooperative Systeme

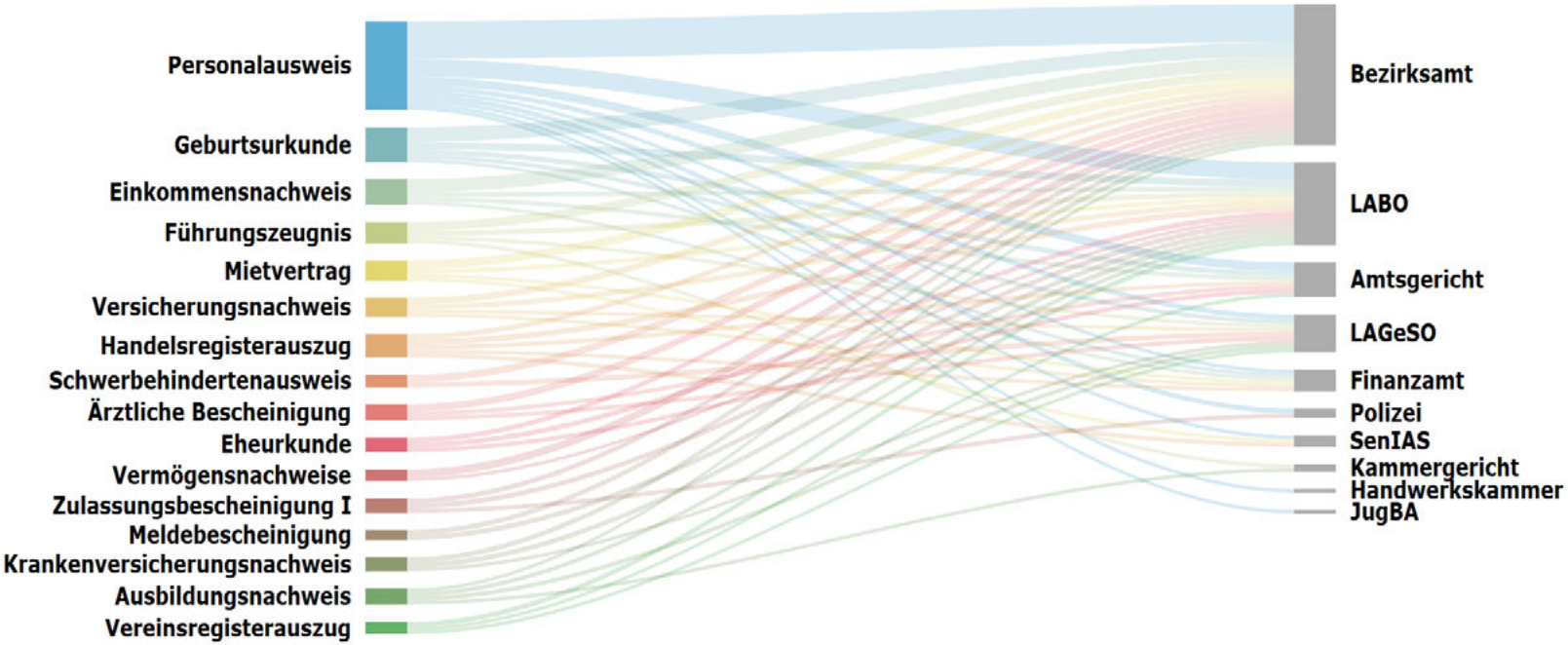
Nationaler Normenkontrollrat: Registermodernisierung

https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Download/2017-10-06_download_NKR%20Gutachten%202017.pdf?__blob=publicationFile&v=3

An-Institut der FernUniversität in Hagen

Institut für Kooperative Systeme

Once Only – Dateizugriffe im Berliner Bürgerportal



LABO - Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten

LAGeSO - Landesamt für Gesundheit und Soziales

SenIAS - Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

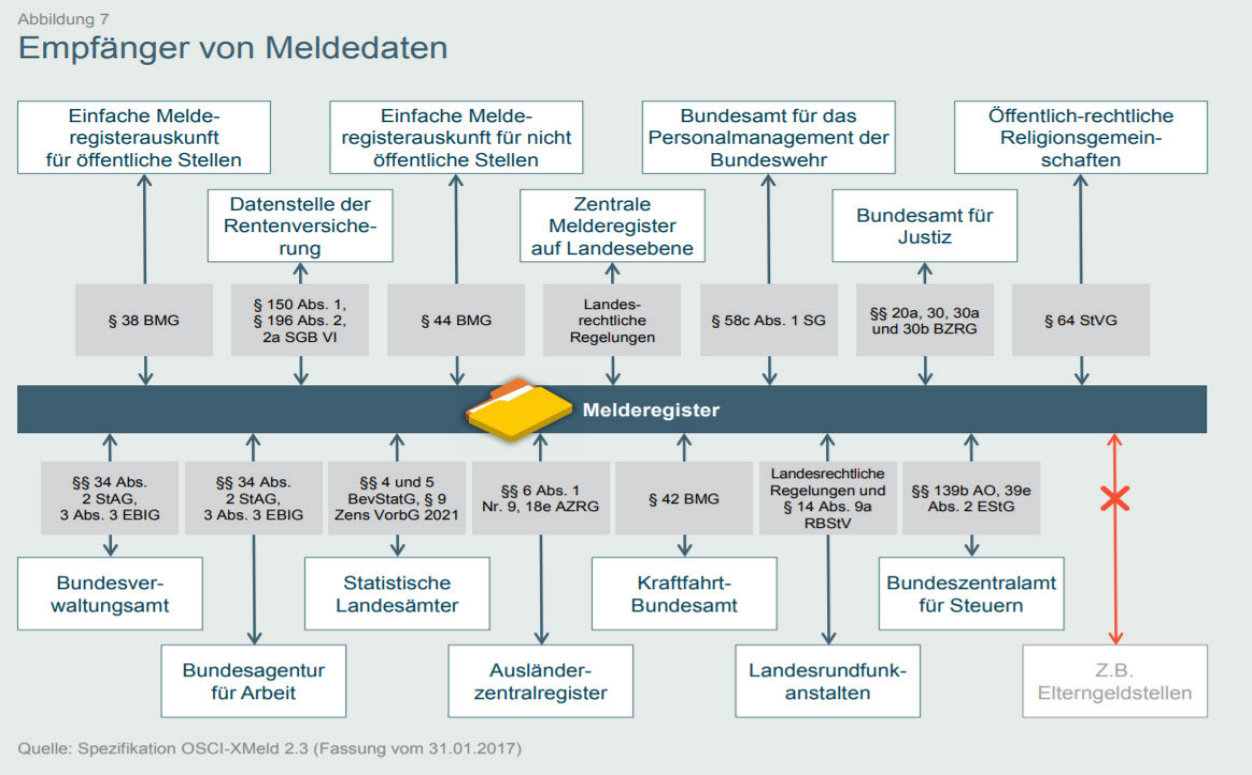
]init[

http://agile.ozg-umsetzung.de/qsl/sankey/ (Abfrage: 14.12.2018)

An-Institut der FernUniversität in Hagen

Realisierung von Once Only lt. Normenkontrollrat

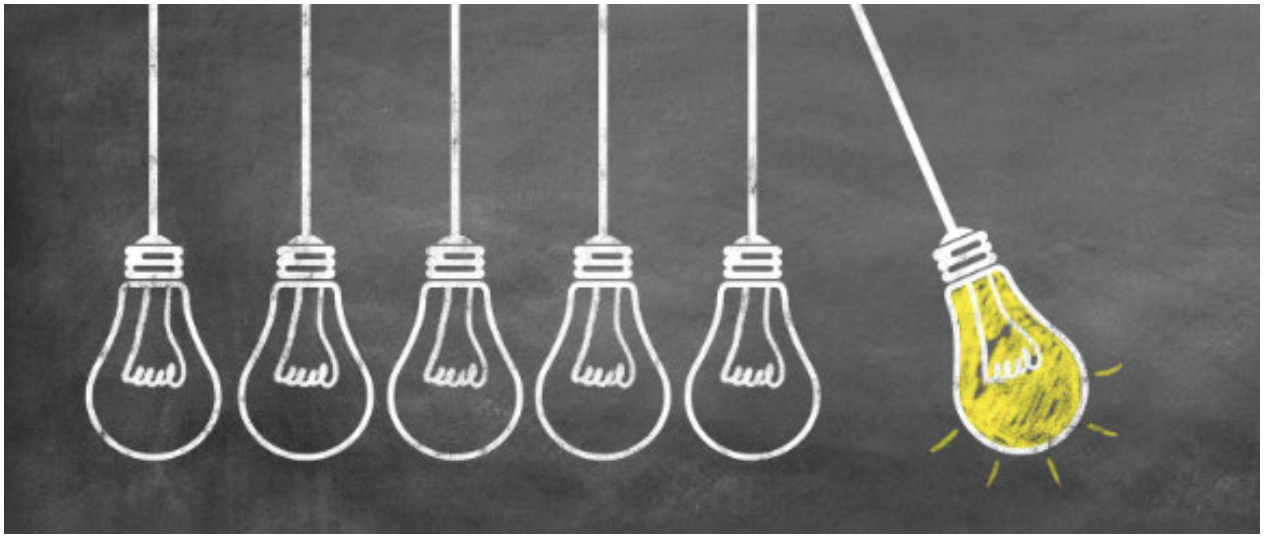
- **Die Verbindung zwischen den IT-Systemen verschiedener Behörden ermöglicht das Deutsche Verwaltungsdiensteverzeichnis (DVDV). Über das DVDV können behördliche IT-Systeme alle notwendigen Kommunikationsparameter erfragen.**



Beispiel: Meldewesen

An-Institut der
FernUniversität in Hagen

Institut für
Kooperative Systeme



Gas geben:
Sechs Vorschläge zur Beschleunigung von E-Govenment

6 Vorschläge zur Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung

1. Experimentierklausel für Once Only und E-Government-Prozesse durch Erarbeitung und Verabschiedung eines Registermodernisierungsgesetzes.

2. Normenscreening nicht nur ausgerichtet auf Schriftformerfordernisse / pers. Vorsprachen, sondern insgesamt auf Digitalisierungsfähigkeit. Bei neuen Gesetzen sollte die „Digitalisierungsfähigkeit“ bereits in der Begründung dargestellt werden. Standardprozesse (wie bisher Vordrucke) werden als Anlage zum Gesetz definiert.

3. Bei Aushändigung eines neuen Personalausweises Lesegerät verschenken. Oder weiterentwickelte eID-Technologie einsetzen (z.B.: sicherer eID-Safe im Smartphone, Beispiel: Zug/Schweiz; QR-Codes in Verbindung mit Servicekonten).

6 Vorschläge zur Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung

4. Konsolidierung von hunderten Verwaltungs – IT-Betrieben durch Fusionen (Beispiele: ITEOS, dataport), bzw. Zusammenführen von Datenbeständen und Standardisierung von Fachverfahren.

5. Qualifikation von „Digital-Lotsinnen und Lotsen“ in den Verwaltungen zur Schaffung von verwaltungsinternen / verwaltungsübergreifenden Digitalisierungs-Netzwerken (Beispiel: BW).

6. Marketing, Marketing, Marketing für die Nutzung von Webservices. Anreize für die Nutzung von Online-Services, z. B. Verzicht auf Verwaltungsgebühren bei Nutzung digitaler Angebote.

Institut für Kooperative Systeme

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Ihre Ansprechpartner:

Peter Klinger

Dipl. Verwaltungswirt
Ltd. Städt. Direktor a. D.
Lehrbeauftragter der Fernuniversität Hagen und der Hochschule Rhein Waal (E-Government)

Peter.Karl.Klinger@IKS-Hagen.de

Besuchen Sie uns auf der folgenden Webseite:
http://www.iks-hagen.de/index.php/e-government/digitalisierungslotse